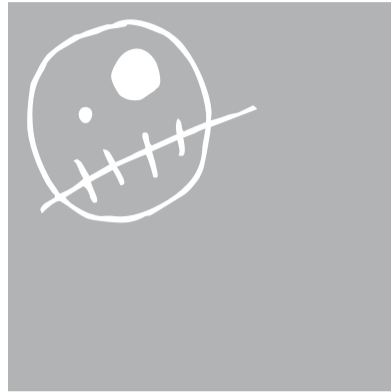


MAKE NATO HISTORY

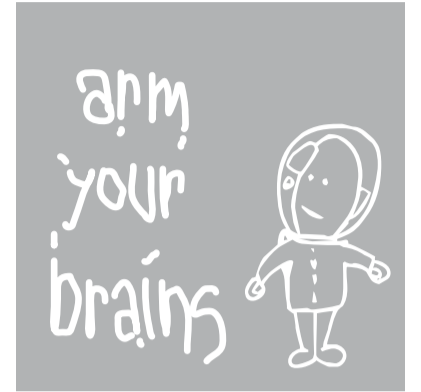
disarm
capitalism



**MOBILISIERUNGS
ZEITUNG
GEGEN
60 JAHRE NATO,
KRIEG UND
KRISE**

**STRASBOURG
BADEN-BADEN**

**3./4. APRIL
2009
ACTION**



WINTER 2008/09 NR 1 ZEITUNG FÜR EINE **INTERVENTIONISTISCHE LINKE**

■ ■ ■ ■ **Erste** Bankenzusammenbrüche, staatliche Rettungsschirme und schließlich die Piratengefahr an der somalischen Küste. Drei Ereignisse, die ein gutes Schlaglicht auf den Zusammenhang von Kriegseinsätzen und Krise des globalisierten Kapitalismus werfen. Natürlich wirkt es angesichts der Börsenturbulenzen und düsterer Prognosen, was noch kommen könnte, geradezu beruhigend, zumindest ein »robustes Mandat« gegen Freibeuter durchsetzen zu können. Dennoch ging es bei dieser Entsendung von Kriegsschiffen um mehr als Panikmache und die Neuentdeckung eines alten Hauptfeindes des Welthandels: Es geht um ganz aktuelle, Krisen bezogene Interessen.

Der gesamte deutsche Seehandel mit den Ländern Südostasiens muss die somalische Küste passieren. »Wenn Terroristen etwa eine Meerenge kontrollieren, dann liegt es natürlich in unserem Interesse, wieder für freien Handel zu sorgen«, erklärte Verteidigungsminister Franz-Josef Jung (CDU) bereits im Jahr 2006. Dies gilt nicht nur für den Golf von Aden, sondern auch für den Eingang zum Persischen Golf, die Straße von Hormus zwischen Oman und Iran. Dort wird ein Viertel des weltweit benötigten Erdöls verschifft.

Hinzukommt die Meerenge von Malakka zwischen Sumatra, Malaysia und Singapur. 60.000 Schiffe und damit ein Viertel aller weltweit transportierten Waren passieren die von den modernen Seeräubern bevölkerte Meeresroute. Kein Zufall war daher, dass nach dem Tsunami Ende 2004 die Bundesregierung nicht zögerte, SoldatInnen und einen Truppenversorger an die Straße nach Sumatra zu schicken. Als humanitäre Hilfe für die Flutopfer deklariert, war der zweijährige Marineeinsatz in Wahrheit ein wesentlicher Schritt, um die Region an der Meerenge, die zuvor aufgrund des dortigen Bürgerkrieges für westliches Personal gesperrt war, kontrollierbar zu machen. »Förderung des freien und ungehinderten Welthandels« heißt das in der Rubrik »Interessen unseres Landes« im Bundeswehr-Weißbuch.

- **Raketen- und andere**
- **Rettungsschirme**

■ Nicht nur heute ist der Zusammenhang von Krieg und Krise evident. Dem 2001 ausgerufenen »Krieg gegen den Terror« ging die Krise der »New Economy« voraus. Bereits hier wurden die Grenzen der Akkumulation des Produktionskapitals und die zunehmende Bedeutung der Spekulationen des transnationalen Finanzkapitals aufgezeigt. Der »Kreuzzug gegen den Terror« und

der damit verbundene militärische Keynesianismus verdeckten die Folgen und es entstand eine umfassende Kriegsökonomie: Handel mit Immobilien und darauf aufbauende – heute als »windig« gebrandmarkte – Finanzgeschäfte, eine Produktionssteigerung in der Heimatschutz- und Rüstungsindustrie, die Spekulation auf die eroberten Energiereserven – und ein dem Krieg folgender Wiederaufbau. Gerade Neoliberalismus und Globalisierung sind die favorisierten Krisenlösungsstrategien des Kapitals, um die durch Entkolonialisierung, Befreiungs- und Aneignungskämpfen in

ökologischer Zerstörung geflohen und leben unter unerträglichsten Bedingungen in Lagern und Megaslums.

- **Jenseits des staatlichen**
- **Sozialmanagements**
- Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisentendenz stellen sich die NATO und ihre politischen FührerInnen auf die »neuen Herausforderungen« ein. Die geplante »globale Sicherheitsstruktur« und der Heimatschutz, die die polizeiliche Durchdringung der Gesellschaft mit der globalen militärischen Einsatz- und Erstschlagfähigkeit verknüpfen, sollen

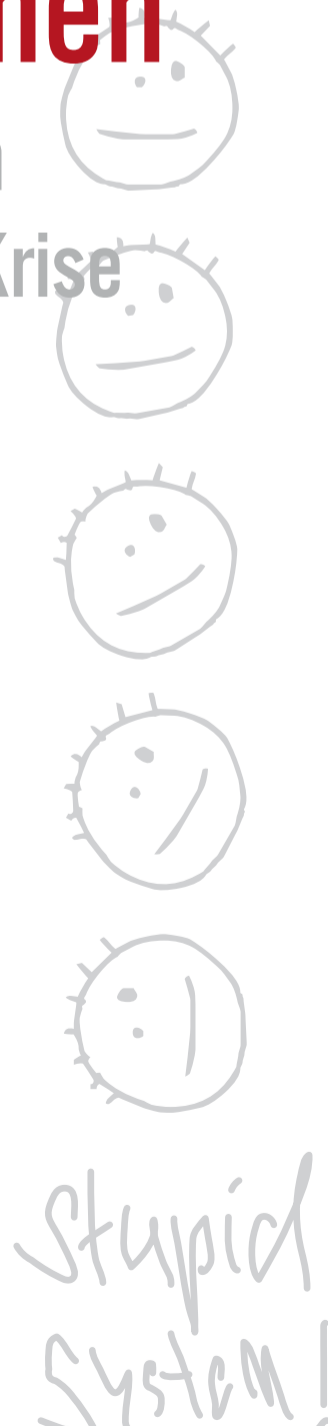
Hilfe! Hilfe! Hilfe! Die Piraten kommen

aller Welt aufgezeigten Grenzen der Kapitalverwertung aufzuheben.

Kapitalistische Normalität ist, was jetzt als Skandal gilt: Gewinne werden privatisiert und Verluste vergesellschaftet. Viele Linke analysieren die gegenwärtige Krise – natürlich völlig zu Recht – als systemische Krise des Kapitalismus. Trotzdem wirken die daraus resultierenden Vorschläge oftmals nicht nur altbacken, sie gründen sich häufig auf Nationalismus und einen metropoliten Blick. So taucht in vielen Szenarien der potenziellen Entwicklung, wie auch in der Beschreibung der Ursachen der Kapitalismus kaum als globales System auf. Damit wird die Mehrheit der Menschheit ignoriert und ausgegrenzt. Aus diesem Blickwinkel war die Krise erst da, als sie auch hier, in den Zentren des kapitalistischen Systems, nicht mehr geleugnet werden konnte. Bis heute sind bereits hunderte Millionen Menschen Opfer z.B. des IWF-Krisenmanagements geworden. Eine Milliarde Menschen hungern, zig Millionen sind vor militärischer, ökonomischer und

Anmerkungen
inmitten der Krise

die Dominanz der westlichen Staatengemeinschaft sowie Russlands sichern. Die Kosten hierfür sind immens. So haben im Jahr 2008 in den USA die »verteidigungsbezogenen« Staatsausgaben zum ersten Mal in der Geschichte eine Billion US-Dollar überstiegen. Natürlich könnten diese fantastischen Summen durchaus vernünftig verwendet werden. Aber das ist bekanntlich eine Frage der politischen Macht – die, auf ihrer Seite, auch aus den Gewehrläufen der NATO kommt. Es wäre daher doch sehr beschränkt, wenn der Protest gegen die kapitalistische Krise dabei stehen bleibt, etwa nur die Regulierung der Finanzmärkte und eine gewisse Abfederung der Krisenfolgen zu fordern. Denn die Krisendynamik



der kapitalistischen Globalisierung und die Militarisierung schaffen nicht nur Zonen des sozialen Ausschlusses, sie sind auch für die Ausnahmezustands- und Lager zur Gefahrenabwehr – von Guantanamo bis zum Ausreisezentrum in Halberstadt – verantwortlich. Schon allein deswegen gehört diese Entwicklung zu den Voraussetzungen für eine emanzipatorische Kritik der Verhältnisse. Widerständisches Handeln muss die Sicherung wie die Rückeroberung des Sozialen in den Mittelpunkt stellen und eine eindeutige antimilitaristische Stoßrichtung haben.

Bei den Demonstrationen »WIR ZAHLEN EURE KRISE NICHT« am 28. März 2009 in Frankfurt/Main und Berlin gibt es die perfekte Gelegenheit für antikapitalistische und antimilitaristische Politik auf die Straße zu gehen. In Baden-Baden und Strassbourg am 3. und 4. April 2009 wird die Parole »MAKE NATO HISTORY« natürlich nur wirkungsvoll als antikapitalistische und internationalistische Mobilisierung. Die Linke sollte allen metropolitenorientierten »Krisenlösungsstrategien« mit ihrer Tendenz zur Militarisierung nach Innen und Außen eine klare Abfuhr erteilen. Denn nur so lassen sich auch gesellschaftliche Perspektiven aufzeigen, die jenseits vom staatlichen Sozialmanagement liegen. Die Botschaft einer antikapitalistischen Antikriegsmobilisierung ist zwangsläufig konfrontativ zum »Rettungspakt für Deutschland«: Da kann es keine Partnerschaft geben. Geht es doch um eine Bewegung, die sowohl allgemeine und sehr konkrete soziale Ziele für alle arbeitenden und ausgegrenzten Menschen einfordert – und damit autonom und quer zu den Staaten und den von ihnen gesetzten Rahmen liegt.

■ **Das Prekariat von Gaza**
■ Medial wird der jüngste Strafkrieg der regionalen Supermacht Israel gegen die palästinensische Hamas-Bewegung im Gazastreifen als ein regulärer zwischenstaatlicher Konflikt gezeichnet. So, als wäre nicht gerade ein Kern dieser Auseinandersetzung, dass die PalästinenserInnen eben keinen Staat mit entsprechender Exekutive haben. Sie leben unter einem modifizierten Besatzungsregime, das ihnen andauernd die Lebensgrundlagen zerstört. Der Tod in Gaza verweist aber auch auf eine Entwicklung, die zum Teil völlig unterschiedlichen Widersprüchen entspringt, aber trotzdem eine globale Tendenz hat: die Schaffung von Zonen der völligen Prekarität, wo alle sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen der Gesellschaft zerstört werden.

MAKE NATO HISTORY

WINTER 08/09 NR 1 INTERVENTIONISTISCHE LINKE

from Side 1 ► wo ein permanenter Ausnahmezustand herrscht und von außen eine militärische Ordnung etabliert wird, die durch Mauern, Grenzzäune und Kontrolle sicherstellt, dass niemand entkommen kann. Gaza ist auch ein Labor, in dem die schrecklichen Geräte der westlichen Sicherheitsdemokratien, zu denen Israel gehört, erprobt werden: High-Tech-Sicherheitszäune, unbemannte Flugkörper, biometrische Identitätskarten, Video- und Audio-Überwachungsapparate etc. Über Gaza eingesetzte Drohnen werden an der US-mexikanischen Grenze zur Flüchtlingserfassung getestet und neueste israelische Biofeedback-Terminals für die Flughafensicherheit beruhen auf Erfahrungen an den Westbankkontrollpunkten.

Gaza und die Westbank sind besonders auffällige Beispiele der globalen Bronx, der anderen Welt jenseits unserer Welt des Geldes und des Warenverkehrs, wie sie auch in Somalia, im Irak, auf Sri Lanka und Kongo-Zaire zu finden ist. Es gibt eine Linie vom Krieg um Gaza über den »Krieg gegen den Terror«, die militärische Absicherung von Europas Grenzen gegen die Flüchtlinge aus den Armutsregionen der Welt, die städtischen Militärpatrouillen in Italien, über den Doppelpack aus staatlichen »Rettungsschirmen« für das Finanzkapital und neuen Heimatschutz-Gesetzen zur Überwachung der Bevölkerung – bis zum NATO-Gipfel 2009 in Baden-Baden und Strasbourg. Das ist der Zusammenhang von Krieg und Krise. Die metropolitane Linke, nicht zuletzt die in Deutschland als einem äußerst zentralen Staat im kapitalistischen Weltgefüge, muss sich darin eindeutig verorten – sehr viel klarer als sie es bisher macht, wenn sie radikal und subversiv eine »andere« Gesellschaftlichkeit herstellen will. ■



Wie ist der Zusammenhang von Krieg und Krise zu denken? Karl Heinz Roth hat jüngst ein umfangreiches Exposé vorgelegt, in dem er die Krisenzyklen des 19. bis 21. Jahrhunderts analysiert, den Ursachen der globalen Krise nachgeht und Vorschläge für »angemessene Antworten auf historische Umbuchsituationen« formuliert. Der gesamte Text mit dem Titel »Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven« ist zu finden unter:

<http://www.wildcat-www.de>

Wir bewegen uns in eine weltgeschichtliche Situation hinein, in der alle Weichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens neu gestellt werden. Alle wichtigen Fakten und Indikatoren weisen darauf hin, dass eine Weltwirtschaftskrise begonnen hat, die das Ausmaß der Krise von 1973 und der Zwischenkrisen von 1982 und 1987 überschreitet und sich an die Dimensionen der Weltwirtschaftskrise und der anschließenden Depression von 1929 bis 1940 annähert. Was aber sind die wesentlichen Ursachen für den Schwelbrand, der vor zwei Jahren von einigen Dachstühlen des weltwirtschaftlichen Gebäudekomplexes ausging und inzwischen alle Sektoren und Territorien des globalen Wirtschaftskreislaufs erfasst hat?

- Überakkumulation, Unter-
- konsumtion und die Politik
- des billigen Geldes
- Schon ein oberflächlicher Blick auf die wesentlichen Schnittstellen dieses Prozesses macht klar, dass sie sich auf drei wesentliche Charakteristika zurückführen lassen. Es handelt sich erstens um eine Krise der weltweiten Überakkumulation des Kapitals in allen seinen Erscheinungsformen und Metamorphosen: Der Industriesektor ist durchschnittlich zu 25 Prozent (in der Autoindustrie noch wesentlich stärker), die globale Transportkette ist zu 30 bis 35 Prozent und der Banken- und Finanzsektor zu mindestens 50 Prozent überakkumuliert.

Diese Überakkumulation geht zweitens mit einer massiven globalen Unterkonsumtion einher, weil das Kapital im vergangenen Zyklus die Masseneinkommen in den Zentren massiv senkte, in den

Schwellenländern die überproportionalen Wachstumsraten auf der Basis von Niedrigstlöhnen erwirtschaftete und die Massenarmut des Südens (Slum Cities, Schattenwirtschaft) im Zustand des drohenden Hunger-Genozids belassen wurde.

Zwar gelang es den Unterklassen der entwickelten Weltregionen ihre Einkommensverluste teilweise durch diverse Techniken der Schuldenaufnahme zu kompensieren, aber ihre untersten Segmente blieben davon ausgeschlossen, und im Vergleich mit den gewaltigen Steigerungen der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit verbreiterte sich die Schere zwischen Produktivkraftentwicklung und Arbeitseinkommen massiv zum Nachteil der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Dennoch wurde dadurch drittens in den entwickelten Zentren des Weltsys-

Kapitalismus, Krise, Krieg

Anmerkungen und Überlegungen von Karl Heinz Roth

tems das Wechselspiel von Überkapazitäten und Unterkonsumtion zeitweilig durch die Finanzpolitik des billigen Geldes und der billigen Kredite kompensiert. Während sich die Niedriglohnssektoren ausdehnten und die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse zunehmend bis in die Mittelschichten vordrang, verschuldeten sich zig Millionen Menschen weltweit in einem Gesamtvolumen von mindestens zwölf Billionen US-Dollar (Hauskredite ohne Eigenmittel, Kreditkartenschulden, Kauf- und Leasingsschulden, Studentendarlehen usw.).

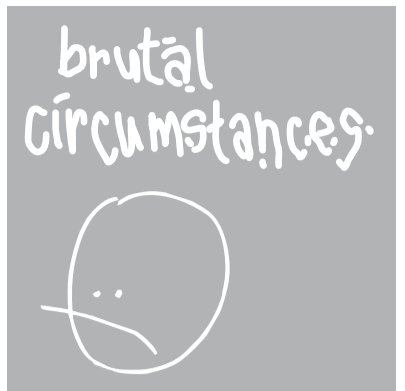
Dieser Mechanismus funktionierte so lange, weil die in die Unterklassen gepumpten Kreditschulden weltweit diversifiziert wurden. Aber er stieß im Verlauf des Jahres 2006 an seine äußere Grenze und riss das gesamte Finanzsystem umso abrupter in die Tiefe. Er verstärkte dadurch die seit Längerem bestehenden strukturellen Verwerfungen und Überkapazitäten in wirtschaftlichen Schlüsselbranchen und löste zusammen mit den Preisstürzen der Rohwaren, im Zirkulationssektor und

MOBILISIERUNGSEITUNG
GEGEN 60 JAHRE NATO,
KRIEG UND KRISE

STRASBOURG
BADEN-BADEN
3./4. APRIL 2009
ACTION

auf den Aktienmärkten sowie der um sich greifenden Kreditrestriktion die neue Weltwirtschaftskrise aus. Die Folge war ein weltweiter Investitionsstreik der Kapitalvermögensbesitzer, der inzwischen auf alle wesentlichen Kapitalsphären übergreift, weil in ihnen innerhalb weniger Monate nacheinander die Zins- und Profitraten abgestürzt sind.

- Keine Gesetzmäßigkeit sondern
- Aufforderung zum Handeln
- Für ein vertiefendes Verständnis des aktuellen Krisenprozesses ist ein Blick zurück unverzichtbar. Die Weltwirtschaftskrise von 1929-1932 und die Depression von 1933-1940 geben noch viele Rätsel auf. Als gesichert kann heute gelten, dass sie ihre Massivität vor allem dem merkwürdig verlaufenen Wachstumszyklus seit 1896 verdankte: Kurz vor einem sich abzeichnenden globalen Abschwung wurde der Erste Weltkrieg entfesselt. Der Zyklus wurde deshalb durch eine globale Kriegskonjunktur verlängert und mündete nach der Niederschlagung der internationalen Arbeiterrevolution von 1916-1921 und der Überwindung einer massiven Hyperinflationsperiode in die »goldenen« 1920er Jahre, die dem »verrückten« ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts frappierend ähneln: Sie waren durch exzessive Aktien- und Kreditspekulationen, niedrig gehaltene Masseneinkommen und die Überakkumulation der



steht, Wege zur Krisenüberwindung vorzuschlagen und mit durchzusetzen, die den Weg in einen neuen Weltwirtschaftskrieg verbauen und zugleich als Hebel zur sozialistischen Transformation des Weltsystems genutzt werden können.

- Heraufziehende Klassenkonflikte
- Aufgrund der aktuellen Krise ist ein weiterer globaler Proletarisierungsschub zu erwarten. Erneut werden Millionen von Menschen sozial abstürzen. Wie werden sie reagieren? Die proletarischen Familien, die sie umgebenden sozialen Gruppen und die vielschichtigen Segmente des proletarischen Multiversums haben unterschiedliche Optionen, sobald sie nichts mehr zu verlieren haben: Sie können revoltieren, um sich ihr Existenzrecht zu sichern und eine egalitäre Gesellschaft zu erkämpfen; sie können aber auch den Prozess der individuellen, familiären und sozialen Selbstzerstörung beschreiten, indem sie etwa die patriarchale Gewalttätigkeit restaurieren oder ethnische Konflikte aufladen, um ihr Überleben auf Kosten anderer proletarischer Gruppen zu sichern. Sie können drittens auch den Weg der politischen Regression wählen, indem sie ihre Ängste und Frustrationen auf neue Führerfiguren und Exekutiv-Despoten projizieren, die ihr gesellschaftliches Potenzial zugunsten der Interessensicherung der nicht-proletarischen Klassen missbrauchen. Es wäre aber auch möglich, dass sie sich mit staatsinterventionistischen Reformprojekten der Krisenüberwindung zufriedengeben, die sich auf das nach wie vor enorme Erneuerungspotenzial der kapitalistischen Gesellschaftsformation stützen.

Wie könnten die egalitären Homogenisierungs- und Emanzipationstendenzen unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise gestärkt werden? Wir sollten uns zunächst nicht denjenigen anschließen, die aus linksradikaler Perspektive auf die Beschleunigung und Vertiefung der Krisendynamik setzen, weil sie sich dadurch einen revolutionären Kollektivierungsprozess aller derjenigen erwarten, die nichts mehr zu verlieren haben. Die konzeptionelle Automatik von Krise und Revolution ist spätestens seit dem Ausgang der Großen Depression des vergangenen Jahrhunderts widerlegt.

Darüber hinaus haben wir spätestens aus der Analyse der Dekolonisierungsprozesse die Erkenntnis gewonnen, dass die Waffen der Kritik nach ihrer Transformation in die Kritik der Waffen aus einer selbstbestimmten Position der Avantgarde heraus nicht zwangsläufig die ersehnte Befreiung hervorbringen.

Damit die Krise weder in eine Reformperspektive zur »Erneuerung des Kapitalismus« noch in die drei möglichen Varianten der Barbarei führt – innere Selbstzerstörung, Bürgerkrieg und kapitalistischer Weltwirtschaftskrieg als Vorstufe neuer Großkriege –, sollte die Perspektive der proletarischen Selbstemanzipation auf zwei Handlungsebenen verteilt werden, damit diese ineinandergreifend wirksam werden: erstens in einen Handlungsrahmen zur radikalen Zuspitzung der anlaufenden antizyklischen Reformprogramme und zweitens davon ausgehend in eine Programmatik zur Initiierung eines Projekts der revolutionären Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsformation. ■

DEMONSTRATIONEN
28. MÄRZ 2009
BERLIN/
FRANKFURT/M



Vor Ort auf die Straße: Aktionstage!

Die Diskussion ist wahrscheinlich so alt, wie es Gipfel aller Art und die Proteste dagegen gibt. Wie lässt sich der Schwung großer Protestevents in die Niederungen des politischen Alltags retten? Wir wissen nicht, was große Steuermänner und andere dagegen empfehlen. Wir machen aber den Vorschlag sich jetzt im Vorfeld des Gipfels, vor Ort Spektren übergreifend zusammenzusetzen und aktiv zu werden. Gegen die NATO, gegen die Bundeswehr, gegen ihre Profiteure und UnterstützerInnen. Wir schlagen dafür

zwei Aktionstage vor. Am 7. Februar 2009 für alle, die nicht nach München fahren, und am 14. März 2009.

Wir wollen damit nicht nur eine lebendige Mobilisierung nach Strasbourg/Kehl/Baden-Baden erreichen. Wir hoffen, dass damit auch vielfältige Kontakte, Organisierungen und praktische Ansätze entstehen, die über den Gipfel hinaus Bestand haben. Wir machen hier mehrere Vorschläge für Aktionen. Aber natürlich ist es zentral, was für euch vor Ort wichtig, richtig und erfolgreich ist.



Die Jugend im Visier der Bundeswehr

Immer häufiger taucht die Bundeswehr an Schulen und Arbeitsagenturen auf. Ihr Ziel ist dabei, mittels »Nachhilfeunterricht« mehr Zustimmung zu ihren Kriegseinsätzen zu erhalten und ihr Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot zwecks Nachwuchsanwerbung zu präsentieren.

Derzeit gibt es knapp 100 haupt- und weit über 300 nebenamtliche Jugendoffiziere. Einen Teil der Ausbildung haben Jugendoffiziere in der Akademie für Information und Kommunikation (AIK, ehemals: Amt für psychologische Verteidigung/Kampfführung) in einem Intensivkurs erfahren. Hier werden sie vom befehlsgeübten Soldaten zum smarten sympathischen Jugendoffizier umerzogen, der lustig locker mit der Jugend kommunizieren kann.

Neben den Jugendoffizieren kommen im Rahmen von Berufsorientierungsveranstaltungen in der gymnasialen Oberstufe regelrechte AnwerberInnen der Bundeswehr zum Einsatz. Sie ver-

suchen, für die immer komplexeren Aufgaben der technischen Kriegsführung qualifizierten Nachwuchs für die entsprechenden Offizierslaufbahnen zu rekrutieren. Im Angebot haben sie auch gegen entsprechende Verpflichtung das Studium an den Bundeswehrhochschulen ohne Studiengebühren stattdessen ausgestattet mit großzügigen Stipendien.

Bei der Armutsrekrutierung zielt die Bundeswehr besonders auf arbeitslose Jugendliche. Monatlich tauchen WerberInnen der Bundeswehr in den Arbeitagenturen auf und versuchen junge Menschen mit dem Angebot eines »sicheren« Arbeitsplatzes und mit Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten zu ködern. Für viele junge Erwerbslose ein verlockendes Angebot, da ausgerechnet sie, die unter 25-Jährigen, unter Arbeitslosigkeit und dem zunehmenden Druck durch die ARGE zu leiden haben.

Immer mehr Menschen verpflichten sich aufgrund fehlender Berufschancen

bei der Bundeswehr. Diejenigen, denen die Sozialausgaben gekürzt werden, sind oft auch die, die bei Kriegseinsätzen im Ausland ihr Leben riskieren und die oft erst durch diese Kürzung dazu gezwungen werden.

Die Bundeswehr ist kein normaler Betrieb. Sie unterschlägt bei ihrer Werbung, dass ein Soldat auf Befehl tötet. Egal ob im Auslandseinsatz oder im Bereich der Logistik in Deutschland, das Ziel der Bundeswehr bleibt weiterhin Krieg, und Krieg heißt töten. Der größte Teil der Opfer von Kriegen ist die Zivilbevölkerung (90%). Die Einsätze der Bundeswehr dienen nicht dem Schutz der Bevölkerung und sind keine humanitäre Hilfeinsätze. Auslandseinsätze der Bundeswehr verfolgen Macht- und wirtschaftliche Interessen.

Wenn Steuergelder eine Ausbildung bei der Bundeswehr finanzieren, ist das Geld auch für Ausbildungsplätze außerhalb des Militärs da. Es wird immer dringlicher der militaristischen Propaganda der Bundeswehr in Schulen, Arbeitsämtern und der Öffentlichkeit entgegenzutreten und militärfreie Zonen zu deklarieren.

Bundeswehr wegtreten Köln

Infos: www.bundeswehr-wegtreten.org

cannon fodder

deadly logistics

■■■■ DHL transportiert nicht nur Briefe und Pakete, sondern transportiert auch Kriegsgüter für verschiedene Armeen. Im September 2008 bewarb sich die hundertprozentige Post-Tochter DHL als Logistikdienstleister der Bundeswehr. Es ist der bislang größte Auftrag der deutschen Transportbranche und es ist das umfangreichste Privatisierungs- und Umstruk-

DHL Deutsche Heeres Logistik

turierungsprojekt der Bundeswehr. Die Ausschreibung für den Bereich »Lagerhaltung und Distribution« ist ein Milliardenauftrag mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Die Bundeswehr will große Teile ihrer Basislogistik im Rahmen einer Public-Private-Partnership an ein ziviles Unternehmen abtreten. Konkret geht es um die Lagerung und Bewirtschaftung von Bundeswehrmaterial (ohne Sanitätsmaterial, Munition und Treibstoffe) und den weltweiten Transport von Kriegsgerät, SoldatInnen, Munition, Treibstoffen an die verschiedenen Kriegsschauplätze. Somit sucht die Bundeswehr einen Logistikpartner, der die schnelle Einsatzfähigkeit der Truppen sicherstellen und dadurch zum aktiven Kriegsmittler werden soll.

Im Frühjahr 2009 soll die Entscheidung des Verteidigungsministeriums bekannt gegeben werden. Die größten Chancen werden dabei DHL eingeräumt. Die Deutsche Post transportierte schon 2002 Rüstungsgüter bis 50 Kilogramm und militärische Dokumente der Bundeswehr. 2003 stieg DHL als Logistikpartner des US-Militärs im Irak und in Afghanistan ein. Gleichzeitig wird der militärische Ausbau des Flughafens Leipzig betrieben. Der ist eng mit der DHL verknüpft, die über die DHL Hub Leipzig GmbH seit Anfang 2008 am Flughafen Leipzig/Halle eins ihrer weltweit drei Luftfahrt-Drehkreuze betreibt.

DHL hat unmittelbar nach Aufhebung der UN-Wirtschaftssanktionen gegen den Irak im Mai 2003 dort als erstes Unternehmen Logistikdienstleistungen angeboten. Hauptkunde im Irak ist das US-Militär, wodurch DHL vom reinen Profiteur des Irakkrieges zum unmittelbaren Kriegs- und Besatzungshelfer avancierte. Die Deutsche Post AG als Konzernmutter der DHL ist um Diskretion bemüht und versucht die Fracht gegenüber der Öffentlichkeit auf Post für US-SoldatInnen herunterzureden. Gleichzeitig transportiert sie die Feldpost für die Bundeswehr weltweit.

So entpuppt sich die Deutsche Post-Tochter DHL als »Deutsche Heeres Logistik« und bietet sich für eine aktionsbezogene Mobilisierung im Vorfeld der NATO-Feierlichkeiten bestens an. Die Interventionistische Linke ruft für den 8. Februar und 14. März 2009 zu Aktionstagen gegen den Kriegslogistiker auf. DHL und die Bundespost unterhalten in allen Städten Filialen und Einrichtungen. Mit Aktionen kann der Schulterschluss von Wirtschaft und Militär thematisiert und angegriffen werden.

Infos: <http://dhl.blogspot.de/>



Wenn der Oberleutnant der Reserve Müller von seiner Truppe redet, dann kommt er ins Schwärmen. Und er findet, das deutsche Volk solle mitschwärmen. Nur einen Bruchteil jener Aufmerksamkeit, die die deutsche Fußballmannschaft bei ihrem Auslandseinsatz bei der Europameisterschaft erhalten habe, wünscht er sich für die Bundeswehr. Nun wäre dieser Wunsch des O.Lt.d.R. Müller, der Bilder der Kriegsbegeisterung im Vorfeld des Ersten Weltkrieges wachruft, zwar ärgerlich aber letztendlich nur eine kleine Anekdote, wäre Klaus-Peter Müller nicht zugleich der ehemalige Vorstands- und jetzige Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank.

Und in dieser Funktion äußert er seinen Wunsch auch auf dem »Celler

Commerzbank Bank an wessen Seite?

Dialog«, dem nationalen Forum für Wirtschaft, Politik und Militär.

Veranstaltet vom Verteidigungsministerium und der Commerzbank ist der »Celler Dialog« so etwas wie die kleine Schwester der Münchener Sicherheitskonferenz. Vom Verteidigungsminister Franz-Josef Jung (CDU), dem Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan bis hin zum Chefredakteur des Magazins »Capital« Klaus Schweinsberg treffen sich dort mehr als 100 EntscheidungsträgerInnen aus Wirtschaft, Politik und Militär. Mit einem klar umrissenen Aufgabenfeld, wie der dort 2008 verabschiedete »Celler Appell« zeigt: Rohstoffarm und exportorientiert ist Deutschland, das verlangt Sicherheit und wer kann diese besser gewährleisten als die Bundeswehr.

In der Gesellschaft indes hält die Einsicht in diese Notwendigkeit nicht mit den gewachsenen Aufgaben Schritt. Vor diesem Hintergrund soll der »Celler Dialog« in Zukunft jedes Jahr eine Bestandsaufnahme vornehmen und weitere Initiativen beschließen. Als Erstes sollen ReservistInnen in Industrie und Wirtschaft gefördert werden, um so die zivil-militärische Zusammenarbeit zu intensivieren. Darüber hinaus soll der »sicherheitspolitische Dialog« an den Universitäten gestärkt werden, unter anderem durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren.

Der »Celler Dialog« setzt mithin nicht nur darauf, Themen der Außen- und Sicherheitspolitik öffentlich zu vermitteln (Jung). Er versucht, mit gezielten Maßnahmen einen Schulterschluss zwischen zukünftigen und gegenwärtigen Eliten und der Bundeswehr zu erzielen. Die Commerzbank ist bei diesem Versuch federführend dabei. Es lohnt sich, sie dafür unter Druck zu setzen.



MOBILISIERUNGSZEITUNG
GEGEN 60 JAHRE NATO,
KRIEG UND KRISE

STRASBOURG
BADEN-BADEN
3./4. APRIL 2009
ACTION

MAKE NATO HISTORY

WINTER 08/09 NR 1 INTERVENTIONISTISCHE LINKE



www.holy-damn-it präsentiert

Krieg ist Frieden

no war – no torture – no capitalism

Das internationale Kunstprojekt HOLY DAMN IT präsentiert erneut eine künstlerische Intervention: Mit Beiträgen gegen Krieg, Folter, den globalen Ausnahmezustand und die militärische Verwaltung der Krise von International Erroristas (Argentinien), Noel Douglas (Großbritannien), Marina Grüninil und Aina Umid (Slowenien), Petra Gerschner, Feld für Kunst (Deutschland), Gülsün Karamustafa (Türkei), Carlos Motta, David Thorne (USA), Oliver Ressler, Walter Seidl (Österreich). Die DVD »Krieg ist Frieden« kann von AntimilitaristInnen weltweit bei Screenings im öffentlichen Raum, in Ausstellungen, in politischen und kulturellen Zentren, in Kinos, bei Veranstaltungen und politischen Aktionen gezeigt werden. Infos und alle Downloads ab 15. Februar 2009 auf www.holy-damn-it.org.

IMPRESSUM

MAKE NATO HISTORY. Mobilisierungszeitung gegen die NATO-Feierlichkeiten wird herausgegeben von ak – analyse & kritik und so oder so. Die Redaktionen arbeiten mit in der Interventionistischen Linken (IL), in der u.a. aktiv sind: Antifa KOK Düsseldorf, Antifaschistische Linke Berlin, Antifaschistische Linke International (Göttingen), Avanti – Projekt undogmatische Linke (Norddeutschland), FeIS (Berlin), Gruppe dissident (Marburg), Institut für Theologie und Politik (Münster), Kampagne Libertad!, Organisierte Autonomie Nürnberg, Projekt Interventionistische Linke Köln,

Projekt Interventionistische Linke Ravensburg, Radikale Linke Nürnberg, Rote Aktion Kornstraße Hannover, transact!, Widerstandsgruppe Worms-Wonnegau sowie Personen aus der Sozialforums- und Anti-Kriegsbewegung oder von attac.

Auflage: 30.000

Die massenhafte Weiterverbreitung ist ausdrücklich erwünscht, eine Beteiligung an den Portokosten ebenfalls. Keine Einwände haben wir gegen den Abdruck von Artikeln in anderen Publikationen. Wir bestehen allerdings auf die Zusendung eines Belegexemplars.

Die Artikel sind über www.dazwischengehen.org elektronisch abrufbar.

Redaktion: MAKE NATO HISTORY
c/o ak-Redaktion
Romburgstraße 10 - 20255 Hamburg
mail: redaktion@dazwischengehen.org
V.i.S.d.P.: H.-P. Kartenberg

SPENDEN für diese Zeitung sind erwünscht: Libertad!
KTO 8 020 068 500 | BLZ 430 609 67
GLS-Gemeinschaftsbank
Stichwort: MAKE NATO HISTORY



VERMINE

7. Februar 2009, 12 Uhr Marienplatz, München: Demonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz »Kein Frieden mit der NATO-Kriegspolitik«. Infos: www.sicherheitskonferenz.de und www.no-nato.de

7. Februar 2009, bundesweit: Aktionstag gegen Militarismus

13./14. Februar 2009, Dresden: Jung- und Altnazis wollen zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg demonstrieren. U.a. die Interventionistische Linke ruft zu Gegenaktivitäten gegen den Naziaufmarsch auf. Weitere Infos www.dazwischengehen.org

14./15. Februar 2009, Strasbourg: Internationale Aktionskonferenz »No to war – No to NATO«. Infos: www.no-to-nato.org

14. März 2009, bundesweit: Aktionstag gegen Militarismus.

18. März 2009, bundesweit: Aktionstag gegen staatliche Repression und Solidarität mit den politischen Gefangenen. Weitere Infos: www.libertad.de und www.rote-hilfe.de

28. März 2009, Berlin/Frankfurt: Demonstrationen »Wir zahlen nicht für Eure Krise«

29. März 2009, weltweit: Jahrestag des Beginns des Irakkrieges.

2. April 2009, London: Finanzgipfel der G20-Staaten

1. – 5. April 2009
Aktionstage NATO-Gipfel 2009
in Baden-Baden/Strasbourg

Die PolitikerInnen, Militärs und Rüstungsindustriellen, die sich jährlich in der Isar-Metropole treffen, stoßen weiterhin auf Widerstand: Für den 7. Februar kündigt das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz bereits zum achten Mal eine antimilitaristische Demonstration an. In diesem Jahr sind die Münchner Proteste bundesweit zugleich Auftakt zur internationalen Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg und Baden Baden. Denn die Münchner Kriegskonferenz wird in der globalen »Krisenprävention« und im »Krisenmanagement«, wie es Wolfgang Ischinger nennt, weiter an Einfluss gewinnen. Der erfahrene deutsche Spitzendiplomat leitet 2009 zum ersten Mal die 45. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (SiKo) im Luxushotel Bayerischer Hof. Ischinger versteht sein Geschäft. Er war Staatssekretär im Auswärtigen Amt sowie deutscher Botschafter in Washington und London.

Mit der Entscheidung für den deutschen Spitzenbeamten wurden alle Gerichte über einen Umzug der SiKo nach Berlin endgültig beendet. Damit hat die Bundesregierung zugleich eine langfristige strategische Festlegung vollzogen: Ischinger soll die Militärkonferenz – frei von protokollarischen Zwängen offizieller Gipfel – als Bühne für die außenpolitischen Interessen der deutschen Bundesregierung sogar noch ausbauen und die zivil-militärische Zusammenarbeit

MOBILISIERUNGSZEITUNG GEGEN 60 JAHRE NATO, KRIEG UND KRISE

STRASBOURG
BADEN-BADEN
3./4. APRIL 2009
ACTION

Im April, da geht was

Die Planungen für den 3./4. April 2009 in Baden- Baden, Kehl und Strasbourg

■■■■ Ihre Vorbereitungen (laut gewöhnlich gut informierten Quellen)

Anreise der Staats- und Regierungschefs (begleitet von ca. 2.000 MitarbeiterInnen) ab Donnerstag, 2. April, meist über den Flughafen Strasbourg. Von dort am Freitag, 3. April, per Hubschrauber oder PKW nach Baden-Baden zum gemeinsamen Abendessen. Am Samstagvormittag, 4. April, auf demselben Weg zurück nach Kehl zu einem gemeinsamen Fototermin an der Passerelle des deux Rives (Fußgängerbrücke nach Strasbourg). Im Anschluss Empfang durch Nicolas Sarkozy in der Kongresshalle des Europaparlamentes in Strasbourg. Samstagabend dann bereits Rückreise von verschiedenen regionalen Flughäfen.

Auf deutscher Seite werden alleine 14.000 PolizistInnen aufgeboten. Ferner werden u.a. tätig sein Bundespolizei und Wasserschutzpolizei, das Bundeskriminalamt, die Geheimdienste, die NATO mit entsprechendem Stab, die

Luftwaffe mit Hubschraubern sowie Jagd- und Aufklärungsflugzeugen.

An allen Orten, an deren Nähe die Staatsgäste kommen, werden die Gullys verschweißt, Briefkasten usw. abmontiert. Nach den Vorstellungen der Polizei sollen in Kehl große Teile der Stadt zu No-go-Areas bzw. Kontrollbereich und der Hafen in Kehl, eventuell auch die Europabrücke nach Strasbourg und der Rhein für die Schifffahrt gesperrt werden. Jegliche Demonstrationen sollen sich nur als Wanderkessel bewegen können.

- Unsere Vorbereitungen
- (Stand 20.1.2009)
- In Deutschland arbeitet seit Anfang September 2008 der bundesdeutsche Vorbereitungskreis NO TO NATO, hervorgegangen aus der traditionellen Friedensbewegung und dem antimilitaristischen Bye-Bye-NATO-Bündnis. Daneben gibt es lokale- und regionale Mobilisierungstreffen und -projekte. Die Internationale Ko-

Proteste gegen die SiKo

Krieg ist ihre Antwort auf die Krise

zwischen Politik, Wirtschaft und Militär intensivieren.

So kündigt Ischinger für dieses Jahr erstmals eine Kooperation mit der Körber-Stiftung an, deren Stiftungskapital auch aus der Rüstungsproduktion der gleichnamigen Industriellenfamilie stammt: Mit der Gründung des »Munich Young Leaders Round Table on Security Policy« solle der »außenpolitische Führungsnachwuchs« gezielt gefördert werden. Die Mitglieder der neuen Elite deutscher Außenpolitik dürfen als »zukünftige Entscheidungsträger« auf gleicher Augenhöhe an der Konferenz teilnehmen.

Das »Konfliktmanagement« der SiKo kostet seit Jahrzehnten Millionen Menschen weltweit das Leben: Auf der Gästeliste der Kriegskonferenz stehen unter anderem Europas größter Waffenproduzent EADS, die Siemens AG, der Münchner Panzerbauer Kraus-Maffei-Wegmann, Diehl & Co, Rohde & Schwarz, Rheinmetall bis hin zum weltweit größten Luft- und Raumfahrtkonzern Boeing. Daran wird sich auch unter Ischinger nichts ändern: Der Ex-Diplomat kündigte sogar ein offizielles

Mittagessen von Konzernchefs mit einer hochrangigen Auswahl von Konferenzteilnehmern an.

In diesem Jahr steht bei der SiKo und dem NATO-Gipfel eine neue globale Aufgabenverteilung, besonders in Afghanistan, auf der Tagesordnung: Die neue Rolle, die Ischinger für Deutschland dabei vorschwebt, wird zu einer weiteren Ausweitung des Kriegseinsatzes am Hindukusch und in anderen Regionen der Welt führen. Denn die Kritik, mit der 2002 die Massenproteste gegen die SiKo unter dem Motto »Von Genua nach München« begonnen haben, hat sich leider als trefend erwiesen: Die kapitalistische Globalisierung führt zu einer zunehmenden Militarisierung der Gesellschaften nach innen und außen und zu einer weiteren Eskalation der globalen Kriegspolitik der NATO-Staaten. Alternativen zur Krise der bestehenden herrschenden Weltordnung kann der »Westen« immer häufiger nur noch mit Panzern, Bomben und Soldaten unterdrücken. ■

Infos:

www.sicherheitskonferenz.de
oder www.no-nato.de

ordination der Proteste gründete sich auf einem Treffen am 4./5. Oktober 2008 in Stuttgart, an dem 130 Leute aus 16 Ländern teilnahmen. Das erste Vorhaben der Koordination ist die Internationale Aktionskonferenz am 14./15. Februar in Strasbourg, auf der die letzten Entscheidungen zur Widerstandschoreografie in Baden-Baden, Kehl und Strasbourg festgeklopft werden.

Inzwischen gab es mehrere bundesdeutsche und europäische Koordinationsstreffen. Hier wurde folgendes Aktionsprogramm beschlossen:

Mittwoch, 1. April: Eröffnung des Camps mit einem Fest in Strasbourg. Um das Camp kümmern sich Gruppen aus der Region.

Freitag, 3. April: nachmittags und abends Aktionen in Baden-Baden gegen die NATO-Gala. Örtliche und regionale Aktionskomitees diskutieren Blockaden der Veranstaltungsorte. Am Freitagvormittag beginnt in Strasbourg der Gegenkongress zur NATO-Veranstaltung.

Samstag, 4. April: morgens Aktionen des zivilen Ungehorsams und Blockade des Zugangs zum Tagungsort der NATO. Um 13 Uhr Beginn der Großdemonstration mit einer Auftaktkundgebung in der Strasbourg Innenstadt, Ende gegen 17 Uhr.

Daneben haben zwei Treffen des Dissident-Spektrums auf bundesdeutscher und europäischer Ebene stattgefunden. In Strasbourg wurde bei einem Treffen am 17./18. Januar, an dem hundert Leute aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz teilgenommen hatten, eine Unterstützung der Blockadeaktionen und die Teilnahme an der Großdemonstration beschlossen. Gleichzeitig will man am Mittwoch, 1. April, Donnerstag, 2. April, und Sonntag, 5. April, in der Region Aktionen zu den Themen Frontex, politische Gefangene und Klima organisieren. ■

Anti-NATO 2009

Nationale und Internationale
Koordination
www.no-to-nato.org

Lokale und regionale Bündnisse
Anti NATO Bündnis Baden-Baden:
<http://antinatobuendnisbad.blogspot.de>. Resistance des deux rives/Widerstand der zwei Ufer:
<http://natogipfel2009.blogspot.de>,
Coordination anti-OTAN Strasbourg:
<http://somet-otan-2009.blogspot.com/>

No-Nato-2009-Seite der
Interventionistischen Linken:
www.dazwischengehen.org
<http://nato-gipfel-2009.blogspot.com/> –
Schlagzeilen verschiedener NoNato-
und antimilitaristischer Seiten.

Libertad!s Seite: www.natofeier.angreifen.org.
Aufruf »Kein Friede mit der NATO!
oder: Das Recht auf Revolution«.

Gipfelsoli [http://gipfelsoli.org/Home/
Strasbourg_Kehl_2009](http://gipfelsoli.org/Home/Strasbourg_Kehl_2009)

Weitere Adressen/Informationen:
DFG-VK: www.dfg-vk.de
Friedensratschlag Kassel:
www.uni-kassel.de/fb5/frieden
Informationsstelle Militarisation:
www.imi-online.de
Netzwerk Friedenskooperative:
www.friedenskooperative.de
G8andwar: <http://g8andwar.de>
DHL-Kampagne:
<http://dhl.blogspot.de>
Bundeswehr wegtreten:
www.bundeswehr-wegtretet.org
Netzwerk gegen Militärstandorte und
deren Auswirkungen (NeMA):
www.nema-online.de